

Abgeschaltete Windenergie Hohe Verluste durch umstrittenes Vorgehen von E.ON

Von Susanne Götze

Die Windbranche wirft dem Stromriesen E.ON vor, den Netzausbau zu verzögern, um die aufstrebende erneuerbare Konkurrenz bremsen zu können.

Es ist kein Geheimnis: Den Stromkonzernen ist das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) ein Dorn im Auge. Bei jeder Gelegenheit prangern sie die »Subventionierung« der Regenerativen an. Windanlagenbetreiber vermuten jetzt, dass sich der Netzbetreiber E.ON die lästige Konkurrenz mit neuen Methoden vom Hals schaffen will: indem er sie einfach abschaltet oder ihre Leistung drosselt. Betroffen sind vor allem norddeutsche Windanlagen. Der E.ON-Konzern, der wie EnBW, RWE und Vattenfall regionale Monopole auf die deutschen Überland-Netze hat, begründet sein Vorgehen so: Weht viel Wind, reichen die Kapazitäten der Hochspannungsleitungen nicht aus. Die Windbranche wirft E.ON dagegen vor, mit falschen Zahlen zu operieren. Die Belastungsgrenze der Netze würde auf Grundlage realitätsferner Parameter berechnet. Zudem seien die Energiekonzerne verpflichtet, ihre Infrastruktur neuen Bedingungen anzupassen. Dieser Pflicht kämen sie nur zögerlich nach. »Seit sieben Jahren warten wir in Schleswig-Holstein auf den Netzausbau – bis jetzt ist nichts geschehen«, kritisiert Hermann Albers, Vizepräsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE), gegenüber ND. Dabei habe es schon 1999 Gespräche mit E.ON gegeben, in denen ein Netzausbau als unabdingbar festgeschrieben wurde.

Fünf Millionen Schaden

Die Folgen des versäumten Ausbaus fallen jetzt auf die Windanlagenbetreiber zurück. Für letztes Jahr beziffert der BWE den finanziellen Schaden durch die Abschaltungen auf fünf Millionen Euro, sieben Prozent der Jahresleistung. Für 2006 rechnet der Verband sogar mit insgesamt 12 Millionen Euro Verlust. Nachdem nochmals ergebnislos um den Netzausbau verhandelt worden sei, hätten sich laut BWE-Vize Albers mittlerweile rund zwanzig Windstromerzeuger dafür entschieden, gegen E.ON zu klagen.

Der Stromriese beruft sich seinerseits auf den Vertrag zwischen Windanlagen- und Netzbetreibern. Danach seien Abkopplungen bei starkem Wind erlaubt, so Anja Chales de Beaulieu, Sprecherin von E.ON Netz. Sie hält die Aufregung der Windbranche für übertrieben. E.ON habe auch nicht »böswillig« die Ökostromerzeuger bei der Einspeisung reduziert, sondern lediglich aus technischen Gründen gehandelt. Allerdings räumt die Sprecherin ein, dass einige Windanlagenbetreiber mit den steigenden Abschaltquoten zu kämpfen hätten. Schuld daran seien aber das windstarke Frühjahr und vermehrte Instandhaltungsarbeiten am Netz. Für eine höhere Lastkapazität gebe es erste Pilotprojekte. Trotzdem hat die Windbranche gute Chancen, mit ihren Klagen durchzukommen, glaubt zumindest Hermann Albers. Im EEG sei nämlich als Bedingung für das legale Abschalten der Anlagen festgelegt, dass »alle Möglichkeiten der Netzoptimierung« ausgenutzt werden. Das sei aber nicht passiert. Eine vom BWE in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass mit einer Überwachung der Leistungsstärken und dem Messen von Wetterdaten die Kapazität des Netzes um bis zu 100 Prozent gesteigert werden könnte. Außerdem plädieren die Verfasser für die Verlegung von Erdkabeln, um den Strom im Hochspannungsnetz (110 Kilovolt) von der abgelegenen Windkraftanlage zum Höchstspannungsnetz (220/380 kV) zu transportieren. Während die Installation von Erdkabeln relativ unkompliziert sei, müsse bei Freilandleitungen mit langwierigen Genehmigungsverfahren und dem Widerstand der Grundstücksbesitzer gerechnet werden.

Gegen Erdkabel

E.ON lehnt Erdkabel dagegen grundsätzlich ab. Begründung: zu teuer. Albers zufolge ist der Konzern aber noch sechs bis sieben Jahre von einer Genehmigung der Überlandtrassen entfernt – »die von uns eingereichten Erdkabel-Anträge sind innerhalb von nur einem Jahr genehmigt worden«. So könnte an der Entscheidung für oder gegen Erdkabel die wirtschaftliche Existenz vieler Windanlagenbetreiber hängen. Bis neue Überlandkabel verlegt sind, vergehen Jahre. Solange wäre das EEG sozusagen durch die Hintertür ausgehebelt: Denn wo kein Windstrom ist, gibt es auch keine Pflicht zu dessen Einspeisung.

Auch die Bundesregierung hat sich in den Streit um den Ausbau der Stromleitungsnetze eingeschaltet. Mit dem »Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz«, das derzeit in Arbeit ist, will die große Koalition für einen rascheren Netzausbau sorgen. Doch auch hier sieht es nicht gut aus für die Windkraft: Bei den für die abseits gelegenen Anlagen wichtigen 110 kV-Leitungen soll nach dem

Entwurf der Bundesregierung überhaupt nicht auf Erdkabel zurückgegriffen werden. »Wir sind sehr enttäuscht«, so der Kommentar von BWE-Vize Albers.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=93188&IDC=3>